

Junge Union Frankfurt am Main

In Frankfurt zu Hause.

Kommunalpolitisches Programm

2011 - 2016

Vorwort

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

am 27. März 2011 sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main aufgerufen, eine neue Stadtverordnetenversammlung und neue Ortsbeiräte zu wählen.

Mit dem Kommunalpolitischen Programm 2011 - 2016 möchte sich die Junge Union Frankfurt am Main inhaltlich vorstellen. Wir möchten einen Einblick in die Ziele der Jungen Union Frankfurt geben und zeigen, wie wir uns die Gestaltung unserer Heimatstadt vorstellen.

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre.

Ihr



Ulf Homeyer

- Vorsitzender -

Inhaltsverzeichnis

- I. Sicherheit
- II. Verkehr
- III. Wirtschaft und Finanzen
- IV. Stadtplanung
- V. Jugend und Familie
- VI. Soziales
- VII. Umwelt
- VIII. Schule und Bildung
- IX. Integration
- X. Kultur

I. Sicherheit

Freiheit durch Sicherheit

In Sicherheit leben zu können, stellt ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt dar. Nur in einer sicheren Stadt fühlen sich die Menschen wohl und nur in einer sicheren Stadt ist eine Teilnahme am öffentlichen Leben möglich. Insbesondere für Familien ist ein Leben in einem Umfeld ohne Angst wichtig. Ebenso spielt ein sicheres Umfeld bei der Suche nach einem neuen Firmenstandort eine entscheidende Rolle.

Um das Ziel einer sicheren Stadt zu erreichen, bedarf es einer gut ausgebildeten und mit technischen Mitteln gut ausgestatteten **Stadtpolizei**. Ein Höchstmaß an Effektivität wird nur durch das Zusammenspiel von entsprechender personeller und technischer Ausstattung erreicht.

Die JU fordert die Beibehaltung der umfassenden Ausbildung der **Frankfurter Stadtpolizei** auf dem Niveau der hessischen Polizei, um das umfangreiche Aufgabenspektrum weiter erfüllen zu können. Dabei ist aufgrund der steigenden Zahl von Übergriffen auf Polizeibeamte besonderen Wert auf den Selbstschutz zu legen.

Die Junge Union Frankfurt fordert zu überprüfen, inwieweit so genannte „Elektroschockpistolen“ als zusätzliches Mittel neben der herkömmlichen Dienstwaffe eingesetzt werden können.

Neben einer möglichst hohen objektiven Sicherheit spielt auch das **Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger** eine entscheidende Rolle. Die Einführung des **Freiwilligen Polizeidienstes** trägt zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls bei. Dieses Engagement durch Mitmenschen unserer Stadt gilt es in Zukunft noch stärker zu würdigen. Die JU fordert deshalb den Erhalt und den Ausbau des **Freiwilligen Polizeidienstes** sowie den Einsatz auch in der Innenstadt.

Des Weiteren fordert die JU die Erarbeitung einer **Gefahrenabwehrverordnung**, die u.a. das aggressive Betteln und das Betteln mit Kindern auf öffentlichen Plätzen untersagt.

Insbesondere zu den **Abend- und Nachtzeiten** fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger auf öffentlichen Straßen und Plätzen unwohl. Die JU fordert daher die **Polizeipräsenz** zu steigern und durch Fuß- und Fahrradstreifen zu unterstützen. So kann sowohl die subjektive als auch die objektive Sicherheit erhöht werden.

Dies gilt auch für den gesamten Bereich der **U- und S-Bahnen** sowie der **Straßenbahnen**. Speziell am Abend ist die ständige Anwesenheit von Sicherheitspersonal in den U- und S-Bahnen unerlässlich. Dies sorgt nicht nur für ein **gesteigertes Sicherheitsgefühl** bei den Fahrgästen, sondern schreckt gleichzeitig potentielle Straftäter ab. Das Sicherheitspersonal muss dabei weiterhin durch den Einsatz von **Videoanlagen** unterstützt werden. Ihre Einrichtung hat zu einer verbesserten Sicherheitslage an den entsprechenden Plätzen gesorgt. Die JU fordert deshalb die Installation weiterer Anlagen an geeigneten Orten.

Der **steigenden Anzahl von Straftaten** im Bereich des **Vandalismus** und der **Sachbeschädigung**, besonders durch **Graffiti-Schmierereien** an öffentlichem und privatem Eigentum, muss entschiedener begegnet werden. Die JU fordert eine strikte Ahndung der Taten, denn bei Graffiti-Schmierereien handelt es sich nicht um Kavaliersdelikte, sondern um strafbare Handlungen. Die JU fordert eine zeitnahe Beseitigung dadurch entstandener Schäden. Hierfür fordert die JU eine weitergehende finanzielle Unterstützung für Privathaushalte und eine bessere Informationspolitik für die Betroffenen.

Die JU fordert, die Hilfen für Opfer von Kriminalität weiter auszubauen und eine intensivere Betreuung zu ermöglichen. Opfer von Gewalttaten leiden häufig noch jahrelang an den physischen und psychischen Folgen. Durch die Intensivierung und den Ausbau von Betreuungsangeboten in den unterschiedlichsten Bereichen sollen diese Menschen bei der Aufarbeitung und Verarbeitung des Durchlebten unterstützt und ihnen der Weg zurück in die Normalität erleichtert werden.

II. Verkehr

Damit Frankfurt vorankommt

Die JU setzt sich für eine **Verkehrspolitik zu Gunsten aller Verkehrsteilnehmer** ein. Ein einseitiges und von Ideologie geprägtes Verkehrskonzept wird einer internationalen Metropole mit großer wirtschaftlicher Bedeutung nicht gerecht.

Der Erhalt und der Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur der Stadt Frankfurt am Main** sind dringend notwendig. Jedoch müssen Baustellen, die den Verkehrsfluss der Stadt erheblich behindern, künftig so koordiniert werden, dass der Autoverkehr mit möglichst geringen Behinderungen zu rechnen hat. Zeitgleiche bauliche Maßnahmen auf Ausweichrouten sind künftig zu vermeiden. Die Einrichtung einer „**Baustellenkoordination**“ hat bislang nicht den gewünschten Erfolg erwirkt.

Ein **Tempolimit von 30 km/h** in der Zeit zwischen 22-6 Uhr auf Hauptstraßen zur Reduzierung von Lärm lehnt die JU strikt ab. Stattdessen fordert die JU zu prüfen, an welchen Verkehrsknotenpunkten die Ampel in der Nacht abgeschaltet werden können, um einen reibungslosen Verkehrsfluss zu fördern. Die JU befürwortet zudem die **verstärkte Kontrolle** bestehender Geschwindigkeitsbegrenzungen, die zügige Ausbesserung von Schlaglöchern und Straßenschäden und die Anpassung der nächtlichen Ampelschaltungen zu Gunsten der „grünen Welle“. Die konsequente Durchführung dieser Punkte führt automatisch zu einer Reduzierung von Lärm und einer deutlich geringeren Umweltbelastung. Ferner ist der Einsatz von „Flüsterasphalt“ unter Kostengesichtspunkten zu überprüfen.

Die JU fordert vermehrte Installation des **Grünpfeils**, da sich dieses Instrument bereits in vielen vergleichbaren Metropolen bewährt hat. Der verbesserte Verkehrsfluss führt zu weniger Staus und einem geringeren Kraftstoffverbrauch. Die JU fordert die weitere Einführung an ausgewählten Kreuzungen als „Testphase“. Im Anschluss daran muss eine offene und ideologiefreie Debatte über den flächendeckenden Einsatz angestoßen werden.

Die JU setzt sich weiterhin für den Ausbau von **kostengünstigem Parkraum** ein. Insbesondere an den für den Einzelhandel verkaufsstarken Wochenenden ist ein deutlicher Parkraumengpass zu beobachten, während die Zahl der Kontrolleure stetig zunimmt. Die JU spricht sich gegen jeglichen unnötigen Abbau von Parkplätzen aus und fordert die **Errichtung von Quartiersgaragen**.

Die **Taktung einiger Ampelschaltungen** erfordert dringende Anpassung. Insbesondere im Pendlerverkehr entstehen aufgrund falscher Ampelschaltungen lange Rückstaus und blockierte Kreuzungen. Dies führt zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Eine Verlängerung der „Rotphase“ zum Verkehrsabfluss aus dem Kreuzungsbereich kann solche Blockaden verhindern. An Kreuzungen, an denen sich aufgrund bestimmter Faktoren die Ampelschaltungen nicht anpassen lassen, muss die Stadtpolizei den Verkehr regeln.

Die JU fordert die **konsequente Kontrolle aller Verkehrsteilnehmer**, da sich Beschwerden über rücksichtsloses Verhalten mehren. Die damit einhergehenden Verstöße müssen geahndet werden. Um hier flexibel und schnell eingreifen zu können, fordert die JU den Einsatz von Fahrrädern bei der Stadtpolizei in der warmen Jahreszeit.

Bei der **Genehmigung von Demonstrationen** fordert die JU eine möglichst geringe Behinderung des Verkehrs. Demonstrationen, die parallel oder an Samstagen stattfinden, sollen grundsätzlich nicht genehmigt werden.

Die JU sieht erhebliches Potenzial im **öffentlichen Nahverkehr**. Die Preise des RMV sind im Städtevergleich jedoch zu hoch. Die JU fordert daher, dass der RMV die Ticketpreise reduziert. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger die Fahrten im ÖPNV leisten können. Zur weiteren Steigerung des ÖPNV fordert die JU eine Sanierung alter Haltestellen und die Einrichtung von Park-and-Ride-Parkplätzen am Stadtrand.

III. Wirtschaft und Finanzen

Ohne Wachstum kein Wohlstand

Für die JU ist in Zeiten dramatisch steigender Staatsverschuldung und Wirtschaftskrise eine **stringente Haushaltspolitik** oberstes Gebot. Schulden, die heute aufgenommen werden, schränken noch über Jahrzehnte den zukünftigen politischen Gestaltungsspielraum durch Zins- und Tilgungslasten ein. Die JU fordert daher eine **strikte Haushaltskonsolidierung**. Schulden sind zeitnah abzubauen. Steuern können nur durch Einsparungen und nicht durch Kreditaufnahme gesenkt werden.

Um weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können, sind die Ausgaben der Stadt Frankfurt am Main kritisch zu hinterfragen. Die JU fordert, dass zweifelhafte **Förderprojekte** auf den Prüfstand zu stellen sind.

Die JU fordert, dass die Stadt Frankfurt am Main **geeignete Rahmenbedingungen** zur Förderung des Wirtschaftsstandortes schafft, sich aber so restriktiv wie möglich in die Wirtschaft selbst einmischt. Grundsätzlich ist jeder Eingriff der Stadt Frankfurt am Main in den privaten Wirtschaftsverkehr zu vermeiden und bedarf einer Rechtfertigung durch höhere Rechtsgüter. Daher fordert die JU eine konsequente Verwaltungsvereinfachung, insbesondere im Hinblick auf private Investitionen. Die JU begrüßt die Entwicklung des Industrieparks Hoechst und fordert die konsequente Weiterentwicklung.

Darüber hinaus fordert die JU die **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes**, um Anreize für weitere Ansiedlungen von Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen zu schaffen.

Des Weiteren fordert die JU, dass die **städtischen Gesellschaften** noch stärker unter **betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten** zu führen sind. Für die städtischen Mitarbeiter ist ein **Bonus – System** zu etablieren, das **Anreize für besonderen Arbeitseinsatz** schafft.

Die JU erteilt Überlegungen über eine Neuordnung des **kommunalen Finanzausgleiches** zu Lasten der Stadt Frankfurt am Main eine klare Absage. Eingriffe durch andere Gemeinden, das Land oder durch den Bund in die kommunale Finanzhoheit sind als unvereinbar mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie anzusehen.

Die JU unterstützt ausdrücklich das Projekt „**Gründerinitiative**“ des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, da dies für junge Start-ups eine echte Vereinfachung durch Bündelung an einen Ansprechpartner bei der Stadt darstellt.

Die JU unterstützt und fordert den weiteren **Ausbau des IT – Knotenpunktes** in Frankfurt am Main.

IV. Stadtplanung

Zwischen Glas und Fachwerk

Die JU fordert eine an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Stadtplanung, die zugleich auch den Anforderungen einer international bedeutsamen Wirtschaftsmetropole gerecht wird. Frankfurts Charme wächst zusammen mit seiner **Skyline** und der wieder entstehenden **Altstadt**, mit dem Neubau der **Europäischen Zentralbank** unter Einbeziehung der denkmalgeschützten **Großmarkthalle** - in seinem wunderbaren Spannungsfeld zwischen Historischem und Modernem. In diesem soll sich auch **avantgardistische Architektur** entfalten können. Ein besonderes Augenmerk muss darauf liegen, die **gefühlte Lebensqualität** und das Image der Stadt unter Ausschöpfung ihres ganzen Potentials weiter zu verbessern.

Das Potential der Frankfurter Innenstadt ist derzeit bei weitem nicht ausgeschöpft. Nach der begonnenen **Neugestaltung der Zeil** hat mit dem Abriss des Technischen Rathauses nun ein weiteres zentrales Projekt der Frankfurter Stadtplanung begonnen: die von der JU von Anfang an mit vorangetriebene **Rekonstruktion der historischen Altstadt**. Wir unterstützen die Rekonstruktion der im Zweiten Weltkrieg zerstörten **Altstadt im Dom-Römer-Areal** in der festen Überzeugung, dass sie Frankfurt einen wichtigen

Identifikationspunkt wiedergibt. Darüber hinaus fordern wir, sowohl die **Hauptwache** als auch den neugestalteten **Goethe- und Rathenauplatz** zu attraktiven und zum Verweilen einladenden Herzstücken der Innenstadt weiterzuentwickeln. Hierzu bedarf es, neben der Schließung des U-Bahn-Kraters an der Hauptwache, insbesondere einer attraktiven Bepflanzung der Plätze sowie der zusätzlichen Ansiedlung von Gastronomie mit Außensitzmöglichkeiten. Dieses Konzept gilt es auch auf das **Mainufer** zu übertragen, dessen Naherholungswert nicht ausreichend gewürdigt wird.

Die JU spricht sich für einen **flexiblen Hochhausrahmenplan** und für eine **maßvolle Verdichtung** der Skyline in Frankfurt aus. Hochhäuser sind Teil unserer Identität und haben auf der knapp bemessenen Fläche in Frankfurt am Main einen außerordentlich hohen Nutzen. Die **Interessen der Investoren** sind daher angemessen zu berücksichtigen. Projekte dürfen ohne städtebauliche Notwendigkeit nicht an starren Vorgaben scheitern.

Die JU setzt sich auch für den **Erhalt und die Aufwertung der Stadtteile** mit ihren **individuellen Charakteren** ein. Die JU fordert stadtplanerische und wirtschaftspolitische Maßnahmen, um den **Erhalt und die Neuansiedlung von wohnortnahen Supermärkten, Bäckereien, Metzgereien** und ähnlichen Einzelhandelsbetrieben zu fördern. Unter ihrem Wegfall leiden vor allem auch die **traditionellen Einkaufsstraßen**, wie etwa die Leipziger Straße, Berger Straße und Schweizer Straße. Darüber hinaus fordert die JU die Stadtverwaltung auf, verstärkt auf den Erhalt der **stadtteiltypischen Gastronomie** hinzuwirken und dieses Ziel auch bei Entscheidungen etwa über die Genehmigung von Außengastronomie oder von Raucherzelten stärker zu berücksichtigen.

Die effektive Unterversorgung des Frankfurter Wohnungsmarktes und die im nationalen Vergleich hohen Mietkosten belasten alle Bevölkerungsgruppen. Die JU fordert insbesondere die bauplanerische Unterstützung von **bezahlbarem Wohnraum** für die knapp 40.000 Studentinnen und Studenten, für Auszubildende und junge Berufstätige sowie für junge Familien, die immer zahlreicher ins günstigere Umland umsiedeln. Frankfurt am Main bietet wenig potentielle Neubaupläche. Der Schwerpunkt muss daher auf der **Neugestaltung bestehender Wohnflächen** und auf der **wohnräumlichen Nutzung**

leerstehender Gewerbeflächen liegen. Auch die wohnräumliche Nutzung von Hochhäusern ist zu prüfen. Gerade die wohnräumliche Hochhausnutzung oder eine gewerbliche und wohnräumliche Mischnutzung in der Innenstadt bieten großes Potential zur Verbesserung der Wohnraumsituation und zur weiteren Aufwertung der Innenstadt.

Bei der Förderung **familienfreundlichen Wohnens** spielt das **Wohnungseigentumsprogramm der Stadt Frankfurt am Main**, das junge Familien beim Erwerb von Neubau-Eigentum durch günstige Kredite unterstützt, eine wesentliche Rolle. Es sollte daher ausgebaut und noch stärker beworben werden. Gleiches gilt für das Mietwohnungsbauprogramm, das sich an Bauherren von **familien- und seniorenrechtlichen Wohnbauflächen** richtet. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die **Entwicklung familiengerechter Wohnquartiere** am Grüngürtel gelegt werden.

Zwei besonders attraktive Möglichkeit zur Deckung elementarer und dringender Bedürfnisse der Bevölkerung bietet die Bauplanung zum einen auf dem bis 2014 frei werdenden **Campus Bockenheim** und zum anderem auf dem **Henninger-Areal**. Die JU fordert deshalb vorrangig die Schaffung neuen Wohnraums sowie neuer Kindertagesstätten. Die Ansiedlung von Großgewerbe ist hingegen entschieden abzulehnen.

Die JU fordert zudem, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Die soziale Mittelschicht muss sich überall zu Hause fühlen. Bei neuen Wohngebieten soll sie im Mittelpunkt stehen, bei alten Wohngebieten ist sie bewusst zu fördern. In „sozialen Brennpunkten“ ist eine **Reorganisation des Wohnraums** als eine Lösungsmöglichkeit zu prüfen.

V. Jugend und Familie

Startklar in eine globalisierte Welt

Sportvereine und Jugendgruppen übernehmen in Frankfurt am Main einen großen Teil der integrativen und sozialen Arbeit. Sie gilt es weiter zu unterstützen. Hierbei strebt die JU eine weitere Verzahnung der Angebote an. So sollen Sportvereine auch bedarfsgerechte Nachmittagsbetreuung und Bildungsaufgaben übernehmen. Auch können sie als Treffpunkt für Jugendliche dienen. Hierfür gilt es mehr Gelder zur Verfügung zu stellen, insbesondere für infrastrukturelle Maßnahmen. Durch den hohen Anteil ehrenamtlicher Kräfte in Sportvereinen werden die finanziellen Mittel hierfür um ein Vielfaches multipliziert und sind somit effizienter als singulär eingesetzte Gelder für Projekte.

Jugendgruppen haben in Frankfurt am Main oft Probleme, geeignete Rückzugsmöglichkeiten für ihre jeweiligen Projekte zu finden. Die JU fordert eine bessere Koordination des bestehenden Raumangebotes (z.B. Bürgerhäuser) für Jugendgruppen. Diese sollen nachmittags möglichst kostengünstig in wenig genutzten Clubräumen eine Raummöglichkeit für ihre Arbeit bekommen. Bestehende Ressourcen können so effizienter genutzt werden – die aktuellen Vergünstigungen für Vereine sind für Jugendgruppen nicht geeignet. Haftungsfragen sind selbstverständlich zu klären.

Vereine leisten in unserer Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden und zur Integration. Über ein eigenes Vereinsheim bzw. eine eigene Turnhalle verfügen nicht alle Sportvereine. Die JU fordert die Einrichtung eines **Turnhallennutzungskonzepts**, das die Terminvergabe in den Turnhallen zentral regelt. Somit können freie Termine an Vereine vergeben werden.

Großes Entwicklungspotential sieht die JU bei der Schaffung neuer **Bolzplätze** und dem Ausbau von **Spielstraßen**. Die aktuellen Bedarfsplanungen sind oft zu sehr auf Kleinkinder ausgerichtet. Doch insbesondere für Jugendliche sind **Bolzplätze, Skatingbereiche** und **Freiflächen für Graffitis** in nicht ausreichender Zahl vorhanden. Die JU befürwortet den Ausbau von sog. **Funcourts**, die individuell für eine Vielzahl von Sportarten eingesetzt werden

können. Des Weiteren ist ein Ausbau des **Spielstraßen-Projekts in verdichteten Wohngebieten**, wo Verkehrsflächen temporär als Spielstraßen genutzt werden, sinnvoll. Es schafft zusätzliche Begegnungsflächen und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und bietet ein konkretes Freizeitangebot in unmittelbarer Nähe.

Die JU unterstützt den Weg Frankfurts zur führenden **Familienstadt** in Deutschland. Die Wirtschaftsmetropole Frankfurt am Main soll im Wettbewerb mit anderen Standorten um qualifizierte Arbeitskräfte für junge Familien und den bürgerlichen Mittelstand attraktiv sein. Auch ein familiengerechter Wohnraum spielt hier eine Rolle. Wir fordern deshalb die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gerade für junge Familien.

Ebenso bedeutend für junge Familien sind die Angebote zur **frühkindlichen Bildung und Betreuung**, entsprechend dem Leitmotiv „Bildung von Anfang an“. Hierbei kann insbesondere der hessische Bildungs- und Erziehungsplan, der vom Kind ausgehend die Bildungsbiographie im Alter von 0 bis 10 in den Blickpunkt nimmt, herangezogen werden. Die JU setzt sich für eine Begleitung aller jungen Familien ein. Die Angebote der **Frankfurter Familienbildungsstätten, Erziehungsberatungsstellen** und des **Kinderschutzbundes** sollen noch stärker durch die Stadt Frankfurt am Main gefördert und miteinander vernetzt werden. Die Stadt soll das Netz aus frühen Hilfen, Familienbildung und Kindertagesstätten kontinuierlich weiterentwickeln. Auch auf die Elternarbeit, also die Stärkung der Eltern in ihrer erzieherischen und bildenden Rolle, soll ein noch größerer Schwerpunkt gelegt werden.

Die JU fordert, dass die Chance zur frühen **Bildungsförderung in den Kindertagesstätten** noch stärker genutzt wird. Dafür hat die Stadt den Auftrag, pädagogische Fachkräfte auszubilden, einzustellen und stetig weiter zu qualifizieren. Die Angebote zur Sprachförderung in Kindertagesstätten müssen als ein Beitrag zur sprachlichen Integration von Zuwanderkindern ausgebaut werden. Denn der Bildungserfolg ermöglicht auch den sozialen Aufstieg und eine erfolgreiche Integration von Zuwandererfamilien.

In diesem Kontext sind auch die Ganztagesesschulen zu nennen, die je nach Bedarf weiter ausgebaut werden müssen. Besonders in schwierigen Stadtteilen kommt ihnen eine wichtige Rolle bei der Integration zu. Durch eine Nachmittagbetreuung können Bildungs- und Sportangebot für Kinder deutlich erweitert und neue Anregungen und Impulse gesetzt werden. Die Ganztagesesschulen können neuartige pädagogische Angebote einsetzen, zum Beispiel längere Unterrichtseinheiten am Stück oder jahrgangsübergreifender Unterricht, sowie mehr Außenkontakt und Praxisnähe ermöglichen. Die JU fordert eine systematische Einbeziehung der Vereine in schulische Nachmittagsgestaltung. So können schulische Ganztagsangebote und Vereinsaktivitäten miteinander vernetzt werden, wovon beide Seiten profitieren, insbesondere können auch die Vereine neue Mitglieder gewinnen. Neben den Vereinen können auch Kirchen, Feuerwehren, Stadtteilbibliotheken, Musikschulen und sonstige vorhandene Strukturen in die schulische Nachmittagbetreuung integriert werden.

Die JU setzt sich in Ergänzung zur institutionellen Förderung von Kindern in **Kindertageseinrichtungen**, insbesondere für den Ausbau der Pflege durch **Tagesmütter und Tagesväter** ein. Hierdurch sollen Betreuungslücken geschlossen werden. Wir begrüßen die individuelle Förderung, die familiäre Betreuungssituation und die hohe zeitliche Flexibilität. Auch sollte die Stadt eine größere Kampagne zur Werbung neuer Tagespflegepersonen initiieren und die bereits vorhandenen Qualifikationsmöglichkeiten noch verbessern.

Die Anzahl der **Pflegefamilien** muss durch die verstärkte Anwerbung von Familien erhöht werden. Jedes Kind, das in der Obhut einer Familie aufwachsen kann und nicht in ein Heim kommt, ist ein gewonnener Fall. Daher müssen Familien in Frankfurt gezielt angesprochen werden. Sind sie bereit, ein Kind aufzunehmen, ist die Familie entsprechend auszubilden. Hierfür ist das bereits bestehende Team Pflegekinderhilfe und Adoption des Besonderen Dienstes der Jugendhilfe zuständig. Gerade bei Kindern mit einer möglicherweise schwierigen Vergangenheit ist besonderes pädagogisches Geschick erforderlich. Dies ist bei der Familienauswahl im Besonderen zu beachten.

VI. Soziales

Springen statt Stolpern

Eine **funktionierende soziale Stadt** setzt die Aktivierung des sozialen Engagements des einzelnen Bürgers voraus. Ziel muss es daher sein, dem einzelnen Bürger seine Verantwortung bewusst zu machen und ihn zu einer aktiven Mitgestaltung anzuregen. Hierfür gibt es in Frankfurt seit 1999 ein sehr erfolgreiches rein kommunal finanziertes und organisiertes und in dieser Form in Deutschland einmaliges Programm „**Frankfurt soziale Stadt – Neue Nachbarschaften**“. Hierfür werden Quartiersmanager in ausgesuchten Stadtvierteln eingesetzt, die mit lokalen Trägern wie Vereinen, Kirchen und Bewohnern gemeinsam aktiv das **Engagement in der Nachbarschaft** fördern und koordinieren. Dieses Programm sollte finanziell und personell ausgeweitet werden. Hierbei ist ein Schwerpunkt auf die Tätigkeitsfelder Spiel- und Bolzplätze, Wohnumfeldverbesserung und Deutschkurse zu legen.

Auch sollten die Akteure noch besser miteinander vernetzt werden. Weitere Einzelprojekte müssen auf Stadtteilebene gezielt auf Jugendliche auslegt werden. Dies kann in Form von **Theaterworkshops** oder **Stadtteulfesten** geschehen, die von Jugendlichen in eigener Regie mit Unterstützung des **Quartiersmanagers** organisiert werden. Ebenso sollte das Bund-Länder-Programm „**Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt**“ ausgedehnt werden, da bisher nur zwei Stadtteile im Rahmen dieses Programms entwickelt werden.

Die JU fordert eine gute **Integrations- und Präventionsarbeit**, insbesondere auch in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten. Dies trägt zum sozialen Zusammenhalt in der Stadt bei. Jugendlichen in besonderen Lebenslagen soll beim Eintritt ins Berufsleben durch eine **gezielte Beratung** in Kooperation mit der Arbeitsagentur noch stärker geholfen werden. Auch sollen Projekte der aufsuchenden **Sozialarbeit** weiter ausgebaut werden, deren Ziel es ist, Jugendgewalt zu verhindern. In diesem Zusammenhang sind die Heranführung Jugendlicher an Arbeitsplätze und die daraus resultierenden Lebensperspektiven die entscheidenden Handlungsfelder.

Die kommunale Kinder-, Jugend - und Familienhilfe unterhält 16 **Kinder- und Jugendhäuser** in Frankfurt am Main. Sowohl die **kommunalen Jugendhäuser** als auch die **Jugendhäuser in freier Trägerschaft** sind weiterhin personell und finanziell zu fördern. Sie leisten in Frankfurt einen wichtigen **Beitrag zur Integration** von Jugendlichen in die Gesellschaft. Es ist darauf zu achten, dass die Jugendlichen in den Einrichtungen altersgerecht angesprochen werden, um ihr Interesse zu wecken und sie langfristig zu binden. Jungen Menschen soll Hilfe zur Konfliktbewältigung angeboten werden. Außerdem sollen den Jugendlichen professionelle Ansprechpartner für Fragen und Herausforderungen des Alltags zur Verfügung stehen. So werden für Jugendliche neue Freizeit und Erlebenswelten angeboten. Das Verständnis für andere Kulturen und das soziale Miteinander werden dadurch gefördert.

Von Jugendhäusern bereitgestellte Sportangebote eignen sich besonders zur ersten Kontaktaufnahme von Jugendlichen aus unterschiedlichen Kulturen, da hier ein positives Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden kann.

Als Zeichen des Dankes und der Anerkennung für besonderes bürgerschaftliches Engagement vergibt die Stadt Frankfurt die **Ehrenamts-Card**. Momentan erhalten diese nur Bürger, die seit mindestens fünf Jahren wenigstens fünf Stunden pro Woche ehrenamtlich tätig sind. Wer schon mit 13 Jahren beginnt, sich ehrenamtlich zu engagieren, profitiert daher erst als Erwachsener von den Vorteilen der Karte. Während seiner Jugend hat er keine Chance auf sie. Um das Ehrenamt für Jugendliche attraktiver zu gestalten, fordert die Junge Union, bei jungen Menschen bis 21 die benötigten fünf auf zwei Jahre herunterzusetzen.

VII. Umwelt

Schwarze denken Grün zu Ende

Die JU spricht sich für den Erhalt und den **Ausbau der Grünflächen** in Frankfurt am Main aus. Der Erhalt des Grüngürtels hat für die JU oberste Priorität. Wesentliche Eingriffe in diesen sind kritisch zu prüfen.

Die **Grünflächen** stellen für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges **Naherholungsgebiet** dar. Die JU fordert, dass die Grünanlagen erhalten und vor Vandalismus geschützt werden. Des Weiteren fordert die JU, dass die Grünanlagen möglichst barrierefrei gestaltet werden, damit auch behinderte Mitmenschen uneingeschränkt am Öffentlichen Leben teilhaben können.

Die **Spielplätze** in den Stadtteilen geben nicht nur den Kindern die Möglichkeit zu spielen und sich auszutoben. Sie stellen darüberhinaus noch einen wichtigen Ort der Kommunikation dar. Die JU fordert, dass die Spielplätze mit alters- und zeitgerechten Spielgeräten ausgestattet werden. Hierzu gehört auch die Einrichtung von integrativen Spielgeräten. Das **Spielplatzprioritätenprogramm** ist fortzuschreiben und finanziell aufzustocken. Des Weiteren fordert die JU, auf ehrenamtlicher Basis betreute Spielplätze einzurichten.

Die JU fordert den Erhalt der Frankfurter **Waldspielparks**. Die Waldspielparks sind **Naherholungsgebiet** für die Bürgerinnen und Bürger und erweisen sich als wichtiger und unverzichtbarer Kommunikationspunkt. Die Spielgeräte auf den Waldspielparks sind in regelmäßigen Abständen gegen neue, zeitgemäße zu ersetzen. Die in den Waldspielparks eingerichteten **Minigolfanlagen** sind, soweit sie nicht mehr zu benutzen sind, zu erneuern. Weiter fordert die JU, dass Parkwächter zum Schutz vor Vandalismus einzustellen sind.

Um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Frankfurt am Main weiter zu erhöhen, muss sich die Stadtverwaltung um weitere **Lärmminderungen** bemühen und Vorschläge zur **Lärmreduzierung** erarbeiten.

Um Kulturgüter auch für künftige Generationen noch zu erhalten, setzt sich die JU dafür ein, dass **Denkmäler** und **alte Brunnen** saniert und instand gesetzt werden, damit diese nicht dem Verwittern preisgegeben werden.

VIII. Schule und Bildung

Fordern und Fördern für die Zukunft

Die JU tritt für ein **gegliedertes und vielfältiges Schulsystem** ein, in dem alle Schulformen einen **eigenen Bildungsauftrag** erhalten und somit den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben wird, gemäß ihren Fähigkeiten und ihrem Wissen ausgebildet zu werden. Jegliche Form der Zwangseinheitsschule ist abzulehnen.

In der Fortschreibung der Schulentwicklungspläne ist besonderes Augenmerk auf die sogen. **SchulB-Klassen** zu legen. Weiter ist das Angebot an **gemeinsamen Unterricht (GU)** zu erhöhen und weiter auszubauen. In dem **Ausbau der Ganztageschulen** sieht die JU eine Möglichkeit der **Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut**. In Frankfurt sind mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren nach Informationen des Jugendrings von Armut betroffen. Da Kinderarmut Entwicklungschancen einschränkt und zu sozialer Ausgrenzung führt, ist die Ganztageschule eine Möglichkeit diesen Kindern den **Zugang zu Sport- und Kulturaktivitäten** zu ermöglichen, an denen sie sonst nicht teilnehmen könnten. Damit Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien ein warmes Mittagessen bekommen, unterstützt die JU die Subvention des Schüleressens.

Angesichts des enormen **Sanierungsbedarfs an Frankfurter Schulen** und den damit zu erwartenden Kosten fordert die JU, bei der Schulsanierung verstärkt die Möglichkeit der Öffentlichen-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) zu prüfen. Die JU verspricht sich hiervon das Bündeln von Synergien und zudem erhebliche Einsparungen im Haushalt der Stadt Frankfurt am Main.

Zudem fordert die JU die Einrichtung eines **Schul-TÜV**, der die Schulen unangekündigt besucht. Somit können bauliche Missstände schnell erkannt und innerhalb des ÖPP schnell behoben werden. Um die Lehr- und Lernqualität in den Frankfurter Schulen sicherzustellen, fordert die JU vermehrt Kontrollen von Inspektoren des **Instituts für Qualitätssicherung (IQ)**, dem sog. „Schul-TÜV“. Diese sollen unangekündigt erfolgen, damit die Inspektoren ein unverfälschtes Bild der Situation in den Schulen erhalten.

Aufgrund von geänderten Stundentafeln und der Tatsache, dass bei immer mehr Schülerinnen und Schülern beide Eltern einem Beruf nachgehen, wird die **Mittagsversorgung in den Schulen** immer wichtiger. Die JU fordert die **flächendeckende Mittagsversorgung** an den Frankfurter Schulen. Das Essen in den Schulmensen und Kantinen ist regelmäßig einer unangekündigten Überprüfung zu unterziehen, um eine gesunde und ausgewogene Ernährung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

Die JU tritt dafür ein, das **Betreuungsangebot** an den Frankfurter Grundschulen nach dem „**Ganzheitlichen Betreuungsmodell**“ auszubauen. Danach liegt der Schulunterricht ausschließlich vormittags. Am Nachmittag werden auf freiwilliger Basis in Zusammenarbeit mit den **örtlichen Vereinen** und mit der Schule **Freizeitangebote** erarbeitet. Diese Angebote können schulische Schwerpunkte (z.B. Nachhilfeunterricht oder Hausaufgabenbetreuung) und Freizeitcharakter (z.B. Fußball spielen) haben.

Bedauerlicherweise sehen sich Schulen in erhöhtem Maße mit den Themenfeldern Gewalt und Sucht konfrontiert. Die JU fordert den **Ausbau der Gewalt- und Suchtprävention** an den Frankfurter Schulen in Zusammenarbeit mit dem **Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main**. Die Aufklärung der Schülerinnen und Schüler spielt hier eine entscheidende Rolle. Die JU fordert, dass verstärkt über die Gefahren von so genannten „Einstiegsdrogen“ aufgeklärt werden muss. In diesem Zusammenhang müssen die Schülerinnen und Schüler auch für „legale Drogen“, insbesondere den Alkohol, sensibilisiert und auf deren Folgen aufmerksam gemacht werden.

Die JU fordert, den ÖPNV weiter auszubauen und stetig zu verbessern. Um für die Schülerinnen und Schüler einen weiteren Anreiz zur Nutzung des ÖPNV zu schaffen, spricht sich die JU dafür aus, dass in Verbindung mit einem gültigen Schülerschein immer der **ermäßigte Kindertarif** zu zahlen ist.

Die JU fordert, dass das Land Hessen zwischen der Stadt Frankfurt am Main und den Umlandgemeinden einen Konsens erwirkt, dass bei der Aufnahme von **Gastschülern** die Stadt Frankfurt am Main von der Umlandgemeinde den vollen Ausgleich für die Beschulung des Kindes erhält.

Seit 2001 gibt es in Hessen ein **Berufsorientierungsprojekt**, das ausgerichtet ist für Schülerinnen ab der 5. Klasse. Mädchen sollen dabei einen Einblick in typische „Männerberufe“ bekommen und motiviert werden, einen technischen oder naturwissenschaftlichen Beruf zu ergreifen. Ein männliches Äquivalent zum so genannten Girls' Day existiert nicht. Es gibt ausschließlich den Tag „Neue Wege für Jungs“, der das Interesse für soziale Berufe bei Jungen wecken soll. Da die Ausrichtung dieser Aktionstage aufgrund ihrer Einseitigkeit jedoch zunehmend in Frage gestellt wird, fordert die JU ein **Berufsorientierungstag für Schülerinnen und Schüler** ab der 5. Klasse als Ersatz des Girls' Days. Dabei sollen sowohl Mädchen als auch Jungen die Möglichkeit bekommen, das gesamte Berufswahlspektrum in Anspruch zu nehmen.

Die JU fordert, dass die Breitenförderung durch gezielte **Begabtenförderungsprogramme** ergänzt werden soll. Es muss angestrebt werden, dass Kinder und Jugendliche individueller gefördert werden. Hierfür könnten von der Stadt Frankfurt am Main in **Kooperation mit Stiftungen** oder privaten Initiativen **Stipendienprogramme** entwickelt und angeboten werden. Das **Hochbegabtenzentrum**, das bei der Volkshochschule in Frankfurt angesiedelt ist und als Anlaufstelle für hochbegabte und besonders begabte Kinder und Jugendliche, sowie deren Eltern dient, soll weiter ausgebaut werden.

Es gibt derzeit nur wenig Kooperation zwischen **Schulen und Musikschulen**. Dies ist bedauerlich, da es wichtig ist, Kinder und Jugendliche frühzeitig an die Musik heranzuführen, sowie Ihnen die Möglichkeit zu geben, ein Instrument zu erlernen. Die JU fordert daher, kommunale Gelder zur Verfügung zu stellen, um auch weiterhin **künstlerische und pädagogische Akzente** seitens der Musikschulen setzen zu können. Da die Musikschulen zur sinnvollen **Freizeitgestaltung** beitragen können, müssen die Schulen als Plattform dienen, für diese aktiv Werbung zu machen. Des Weiteren ist es wichtig, dass den Kinder und Jugendlichen durch Einbinden der Musikschulen in den Musikunterricht die Instrumente vorgestellt werden, um diese dafür zu begeistern.

Die JU fordert, dass Frankfurt am Main als **Hochschul- und Wissenschaftsstandort** stärker mit kommunalen Mitteln gefördert und international vermarktet wird.

Der **Campus Riedberg** und der **Campus Westend** sind die modernsten und schönsten Deutschlands. Die Stadt Frankfurt am Main muss gezielt am Image als **Wissenschaftsstandort hohen Ranges** arbeiten. An der wissenschaftlichen Forschungsarbeit sollten gezielt Schülerinnen und Schüler partizipieren, um diese für die Wissenschaft zu begeistern und so Forscher von Morgen auszubilden. Die JU fordert, möglichst vielen jungen Frankfurtern den Zugang zu „ihrer“ Universität zu ermöglichen. Die Stadt muss daher das Ziel haben, dass ein hoher Anteil an Frankfurter Abiturientinnen und Abiturienten unter den Besten und damit den Studienanfängern ist.

IX. Integration

Frankfurt – meine Heimat

Zum Erhalt des **inneren Friedens** in unserer Stadt ist die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ein wesentlicher Bestandteil. Basis unseres Zusammenlebens ist das **christliche-abendländische Menschenbild**. Notwendige Voraussetzung zur Integration und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist das **Beherrschen der deutschen Sprache**.

Die JU fordert die **Erstellung eines Integrationskonzeptes**, das Grundlage zur Förderung und Forderung von Menschen mit Migrationshintergrund ist. Ziel des Integrationskonzeptes muss es sein, auf ein **gemeinsames gemeinschaftliches Miteinander** hinzuwirken. Des Weiteren fordert die JU die Erarbeitung einer **Integrationsvereinbarung**, denn Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein Geben und ein Nehmen.

Frühkindliche Bildung genießt oberste Priorität. Nur durch ein **gemeinsames Spielen und Lernen** lassen sich Grundlagen schaffen, die jedem Kind ermöglichen, an einem guten und geordneten **Bildungsprozess** teilzunehmen. Schon in der Kinderkrippe bzw. der Kindertagesstätte sollte daher zwingend darauf geachtet werden, dass Kinder aus Migrantenfamilien gezielt gefördert werden. Durch spezielle Spiel- und Lernphasen oder auch motorische und kognitive Übungen soll den Kindern gezielt die deutsche Sprache vermittelt und so die Grundlage für einen erfolgreichen Besuch im Kindergarten geschaffen werden. Der Kindergarten muss in

Zukunft eine verstärkte Rolle in der Erziehung von Kindern spielen. Daher spricht sich die JU für einen generellen Kindergartenbesuch ab dem vierten Lebensjahr aus.

Die JU spricht sich für den **Erhalt und die Weiterentwicklung der Sprachfrüherziehung** aus. Kinder, die der deutschen Sprache nicht oder nicht in ausreichendem Maße mächtig sind, sind für ein Jahr vom Unterricht zurückzustellen und haben Sprachförderkurse zu besuchen, um die Defizite zu beheben.

Die JU fordert die **Installation von Integrationsbeauftragten** an den Frankfurter Schulen. Diese sollen Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern gezielt bei der Behebung von Lerndefiziten unterstützen.

Auch der Erhalt und der Ausbau des an den Schulen stattfindenden Kurses „**Mama lernt Deutsch**“ ist nach Ansicht der JU unabdingbar, um den Menschen mit Migrationshintergrund eine optimale Integration zu ermöglichen.

X. Kultur

Frankfurter Leben – Frankfurt erleben

Die JU bekennt sich zur **Vielfalt und hohen Qualität des Frankfurter Kulturangebotes**. Sie spricht sich dafür aus, das Kulturprogramm als Ganzes künftig noch stärker an der Nachfrage und dem Geschmack der Bürger zu orientieren. Dies gilt vor allem für **Theater, Ausstellungen und Konzerte**. Auch soll verstärkt auf ein für junge Menschen interessantes Angebot geachtet werden. Bei dem Kulturangebot der Stadt handelt es sich – genau wie bei anderen Einrichtungen der Gemeinde - in erster Linie um eine Leistung für die Bürger dieser Stadt. Deshalb soll ein Einwohner-Bonus im Gebührenmodell für z.B. Museen, Schwimmbäder eingeführt werden.

Zugleich kosten Überschneidungen im Bereich der kulturellen Veranstaltungen den Steuerzahler viel Geld. Daher ist eine **bessere Koordination** zwischen den Städten und Gemeinden der Region notwendig, um thematisch vergleichbare, gleichzeitig durchgeführte Veranstaltungen zu vermeiden und im Idealfall auch gemeinsam durchzuführen. So kann man ein umfangreiches Kulturprogramm

beibehalten und auch den regionalen Dialog fördern. Auf die Erhebung einer Kurtaxe für Touristen und Besucher der Stadt ist jedoch weiterhin zu verzichten.

Die JU schlägt vor, das „**Denkmal des Jahres**“, das in Frankfurt am Main seit einiger Zeit ausgerufen wird, stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Diese gute Idee muss noch ausgebaut werden. Zum Schutz der Denkmäler ist auch ein angemessenes Verfahren zur Bekämpfung der Taubenplage festzulegen. Nur so kann auf Dauer die Erhaltung der historischen Bausubstanz sichergestellt werden.

Den **Museen** muss ein angemessener Ankaufsetat zur Verfügung gestellt und eine größere finanzielle Eigenverantwortung im Rahmen der Budgetvergabe zugestanden werden. Größere Kunstausstellungen sollen möglichst durch private Sponsoren finanziert werden. Zugleich haben sich die Museen der Stadt Frankfurt am Main einer kritischen Prüfung durch eine Evaluation zu stellen: Die Politik hat auch in diesem Bereich nach dem Grundsatz „Klasse statt Masse“ zu handeln. Die Schließung eines vorhandenen Museums zu Gunsten anderer Museen und deren finanzieller Ausstattung darf kein Tabu sein.

Die JU unterstützt die freien **Theater** der Stadt. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Stadt Frankfurt. Allerdings ist die Bezuschussung durch die Stadt auf eine neue Basis zu stellen: Es ist ein neues Konzept mit Kriterien zu erarbeiten, nach denen Theater bezuschusst werden sollen. Hierzu gehören vor allem auch die Besucherzahlen. Der städtische Zuschuss für ein Theater soll zukünftig 50% der Ausgaben nicht mehr überschreiten.

Das von der Schließung bedrohte **Turm-Kino** ist mit seinem mehrsprachlichem Filmangebot, das nicht nur englischsprachige Filme erfasst, eine wichtige Einrichtung in Frankfurt. Die Stadt ist aufgerufen, hierfür eine angemessene Lösung zu entwickeln, da die bisherigen anderen Kinos die entstehende Lücke nicht schließen werden.

Frankfurt am Main und seine Bewohnerinnen und Bewohner profitieren von **kulturellen Großereignissen**. Solche Veranstaltungen müssen daher erhalten und ausgebaut werden. An erster Stelle ist hier das Museumsuferfest zu nennen,

das gleichzeitig kulturelle Angebote und Unterhaltung bereithält. Es entfaltet eine Leuchtturmfunktion für andere Städte. Zukünftig sollen auch andere hochrangige Ereignisse durch die Stadt Frankfurt am Main besser vermarktet werden. Insbesondere ist Frankfurt ohne Zweifel eine deutsche Metropole der Jazzszene. Das Bemühen um kulturelle Großveranstaltungen, die bundesweit Beachtung finden, muss verstärkt werden.

Impressum

Herausgeber: Junge Union Frankfurt am Main,
vertreten durch den Vorsitzenden Ulf Homeyer

Redaktion: Kreisvorstand der Junge Union Frankfurt am Main

Stand: 28.05.2010